



In dubio pro Pressefreiheit – gilt auch für den Bundespräsidenten

Von Wolfgang Kownatka

Führende Politiker unseres Landes haben in Vergangenheit und Gegenwart leider oftmals bewiesen, dass Sie offensichtlich nicht in der Lage sind, mit selbst verschuldeten Problemen wahrheitsgemäß umzugehen.

Halten wir fest: Auch Politiker sind Menschen, die Fehler machen, sich jedoch im Blickpunkt der Öffentlichkeit oft nicht ehrlich und ihrem Status als „erwartetes Vorbild“ entsprechend verhalten.

Jüngstes Beispiel ist Bundespräsident Christian Wulff, der gleich auf zwei – allerdings miteinander zusammenhängenden Feldern – ein „respektvolles Kopfschütteln“ bei denen auslöst, die das Amt und die es ausübende Person aus höherwertigen Gründen nicht beschädigt wissen wollen. Jene, die Amt und Person pragmatischer gegenüberstehen, fragen sich bestürzt, wie sich der erste Mann im Staate, dazu noch Jurist und durchaus medienerfahren, in eine solche Lage manövrieren kann.

Da werden zunächst über Wochen in einer an sich privaten (Kredit und Darlehn) Angelegenheit Details von verschiedenen Medien an die Öffentlichkeit gebracht, über deren Aufmachung man zweifellos unterschiedlicher Meinung sein kann. Nicht aber über die Tatsachen an sich, weil zweifelsfrei sein muss, dass das frühere und heutige Amt von Christian Wulff nicht für gegenseitige Vorteile stand.

Spätestens nach den ersten Medienberichten hätte der Bundespräsident im Angesicht des für ihn und nicht zuletzt für das Amt drohenden medialen Desasters die Reißleine ziehen und sich öffentlich und umfassend erklären müssen, dann wäre ihm und seinem Amt viel erspart worden. Und des Anrufs bei Journalisten, um Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen, hätte es nicht bedurft. Seine Glaubwürdigkeit zu Aussagen zur Pressefreiheit wäre nicht in Zweifel gezogen worden, und er hätte weitestgehend unbelastet seinen Amtsgeschäften nachgehen können.

Nun aber kommt zu den nur nach und nach gemachten Teilerklärungen, mit den immer wieder neuen Fragen, noch der Eindruck eines völlig desolaten „Krisenmanagements“ hinzu mit dem offensichtlichen Versuch, die Pressefreiheit umzuinterpretieren. Das kann auf Dauer nicht nur nicht gut gehen, sondern wird die unabdingbare Konsequenz haben müssen, diesen Vorgang endgültig abzuschließen.